



# Baden-Württemberg

REGIERUNGSPRÄSIDIUM TÜBINGEN

## *Information nach Art. 13 bzw. 14 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)*

Das Regierungspräsidium Tübingen verarbeitet im Rahmen der **Zulassung von Transportunternehmern für lange Beförderungen (Typ-II-Zulassungen), der Zulassung von Straßentransportmitteln für lange Beförderungen und der Zulassung von Transportbehältern für lange Beförderungen, sowie der Erfassung dieser Zulassungen in einer Datenbank** personenbezogene Daten.

Wir nehmen den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie darüber, zu welchen Zwecken und auf welcher Rechtsgrundlage wir Ihre personenbezogenen Daten verarbeiten, an wen Sie sich in datenschutzrechtlichen Fragen wenden können und welche Rechte Sie nach der DS-GVO haben.

### **1. Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?**

Regierungspräsidium Tübingen  
Konrad-Adenauer-Straße 20  
72072 Tübingen  
Telefon: 07071 757-0  
[E-Mail: poststelle@rpt.bwl.de](mailto:poststelle@rpt.bwl.de)

### **2. Wie erreichen Sie unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten?**

Unsere Datenschutzbeauftragte bzw. unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie postalisch über die unter Ziff. 1 angegebene Postanschrift oder unter folgenden E-Mail-Adressen und Telefonnummern:

Regierungsbezirk Tübingen:  
[E-Mail: Datenschutz@rpt.bwl.de](mailto:Datenschutz@rpt.bwl.de)  
Telefon: 07071 757-0

### **3. Was sind der Zweck und die Rechtsgrundlagen der Verarbeitung der personenbezogenen Daten?**

#### **a) Zweck**

Wir verarbeiten Ihre Daten, soweit dies zur Bearbeitung Ihres Antrags auf Erteilung einer tierschutzrechtlichen Zulassung erforderlich ist. Ihre personenbezogenen Daten werden zur Bearbeitung des Verfahrens, zur Kontaktaufnahme, zur Dokumentation und zur Erfassung in einer Datenbank erhoben und gespeichert.

#### **b) Rechtsgrundlagen**

Die Verarbeitung erfolgt auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DSGVO, § 4 Landesdatenschutzgesetz (LDSG) i.V.m. mit Art. 6, Art. 7, Art. 10, Art. 11, Art. 13 und Art. 18 der Verordnung (EG) Nr. 1/2005.

Insbesondere ist es uns nach Art. 6 Abs. 1 Buchstabe c) DSGVO erlaubt, die von Ihnen beantragte Amtshandlung durchzuführen bzw. das Vorliegen des von Ihnen geltend gemachten Rechts zu überprüfen.

Sofern der von Ihnen vorgetragene Sachverhalt besondere Kategorien personenbezogener Daten, z.B. Angaben über Gesundheit, religiöse Überzeugung oder ethnische Herkunft enthält, stützen wir unsere Verarbeitung zusätzlich auf Art. 9 Abs. 2 Buchstabe g) DSGVO.

### **4. Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?**

Wir verarbeiten überwiegend die personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen Ihres Antrags zur Verfügung stellen. Dabei handelt es sich insbesondere um:

- Vor- und Nachname, Titel
- Geburtsdatum
- Kontaktdaten (bspw. Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer)
- Betriebsdaten (bspw. Betriebsanschrift, Betriebsform)
- Angaben zu Straßentransportmitteln und Transportbehältnissen
- Qualifikationsdaten (bspw. Führungszeugnis, Auskunft aus dem Gewerbezentralregister, Befähigungsnachweise, Nachweise der Sachkunde)

### **5. Woher stammen Ihre Daten?**

Wir verarbeiten überwiegend die personenbezogenen Daten, die Sie uns im Rahmen Ihres Antrags nach Art. 6, Art. 11 oder Art. 18 VO (EG) 1/2005 übermittelt haben. Darüber hinaus verarbeiten wir im Einzelfall auch weitere Informationen, die wir von anderen Behörden oder Kommunen (z.B. Landratsämter, Oberbürgermeisterämter) erhalten, die wir ggfs. zur weiteren Prüfung des Antrages um eine Stellungnahme gebeten oder angefordert haben oder die uns ggfs. zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts um eine Stellungnahme bitten.

### **6. Wie verarbeiten wir diese Daten?**

Um unsere gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen, klären wir den maßgeblichen Sachverhalt umfassend auf. Ihre Daten legen wir in einer Akte ab; zudem erfassen, verwenden und speichern wir diese auch elektronisch.

## 7. Werden die personenbezogenen Daten weitergegeben?

Die personenbezogenen Daten, die wir im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeiten, geben wir nur dann an andere Stellen, Behörden oder Dritte weiter, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

In Betracht kommen dabei insbesondere folgende Empfänger:

- zuständiges Landratsamt (Veterinäramt)
- die Regierungspräsidien in Baden-Württemberg
- in Einzelfällen (anonymisiert) an das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Baden-Württemberg (MLR)
- ggfs. beteiligte Behörden anderer Bundesländer im Rahmen der Amtshilfe
- ggfs. eine elektronische Datenbank zur Information der Öffentlichkeit

## 8. Besteht eine Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten?

Eine gesetzliche Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten besteht grundsätzlich nicht. Die Daten sind jedoch erforderlich, um beispielsweise Ihre Anträge bearbeiten zu können.

## 9. Wie lange werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert?

Die personenbezogenen Daten werden so lange gespeichert und die Akten so lange aufbewahrt, wie dies zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist, längstens jedoch noch 5 Jahre nach Beendigung der Tätigkeit ist.

## 10. Welche Rechte haben Sie als betroffene Person?

Nach der Datenschutzgrundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

### a) **Recht auf Widerspruch (Art. 21 DS-GVO)**

Soweit wir Ihre personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung unserer öffentlichen Aufgaben nach Art 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO verarbeiten, können Sie der künftigen Verarbeitung Ihrer Daten aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit widersprechen. Der Widerspruch ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

### b) **Recht auf Auskunft (Art. 15 DS-GVO)**

Sie haben das Recht, von uns Auskunft darüber zu erhalten, ob und - wenn ja - welche personenbezogenen Daten wir von Ihnen verarbeiten. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

### c) **Recht auf Berichtigung (Art. 16 DS-GVO)**

Sie können von uns unverzüglich die Berichtigung Sie betreffender personenbezogener Daten verlangen, sofern diese nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten haben Sie – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung - einen Anspruch auf Vervollständigung. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

**d) Recht auf Löschung (Art. 17 DS-GVO)**

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**e) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)**

Unter den in Art. 18 DS-GVO genannten Voraussetzungen können Sie von uns die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Die Anfrage ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**f) Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DS-GVO)**

Dieses Recht steht Ihnen nur bezüglich solcher personenbezogenen Daten zu, welche Sie uns selbst bereitgestellt haben. Sie können danach verlangen, dass wir Ihre Daten Ihnen selbst in einem maschinenlesbaren Format zur Verfügung stellen oder diese an einen anderen Verantwortlichen übermitteln. Dieses Recht besteht jedoch nur, wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe a) oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a) DS-GVO) oder die Verarbeitung auf einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Buchstabe b) DS-GVO beruht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

Dies gilt nicht, wenn die Verarbeitung der personenbezogenen Daten für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die den Regierungspräsidien übertragen wurde (Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO). Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziff. 1) zu stellen.

**g) Recht auf Widerruf der Einwilligung (Art. 7 Abs. 3 DS-GVO)**

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf Ihrer Einwilligung beruht, haben Sie das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt. Der Widerruf ist an die für die Datenverarbeitung verantwortliche Stelle (siehe Ziff. 1) zu richten.

**h) Recht auf Beschwerde (Art. 77 Abs. 1 DS-GVO)**

Wenn Sie Fragen oder Bedenken im Hinblick auf die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben, können Sie das Regierungspräsidium Tübingen postalisch oder per E-Mail kontaktieren. Die entsprechende Adresse finden Sie unter Ziff. 2.

Wenn Sie der Auffassung sind, dass wir unseren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind, können Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe eine Beschwerde erheben bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW).